

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Gest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schüb; Druck: J. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Bismarckstr. 38-42. Telefon-Nr. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Die letzten Lohnbewegungen im Bergbau.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist am 15. Juni für das Ruhrrevier ein Schiedspruch zur Lohnfrage gefällt worden. Anschließend an die Erledigung der Lohnfrage für das Ruhrrevier wurde auch die Erledigung der Forderungen der anderen Reviere in Angriff genommen. Für Sachsen, Niederschlesien und Mitteldeutschland konnte keine Einigung erzielt werden, so daß auch für diese Reviere Schiedsprüche gefällt werden müssen. Bis zur Stunde liegen Vereinbarungen oder Schiedsprüche für folgende Reviere vor:

Revier	ab 16. Juni	ab 1. Juli weitere	Summe
Steinkohle			
1. Ruhrrevier	25,—	10,—	35,—
2. Sachsen	20,—	13,—	33,—
3. Niederschlesien	20,—	10,—	30,—
4. Sachsen	21,—	9,—	30,—
5. Niedersachsen	21,50	8,50	30,—
6. Thobäuren	22,50	9,50	32,—
Braunkohle			
7. Mitteldeutschland	20,—	10,—	30,—
8. Ostpreußen	18,—	9,—	27,—
9. Ostpreußen	25,—	10,—	35,—
10. Ostpreußen	22,—	8,—	30,—
11. Ostpreußen	19,—	9,50	28,50
12. Ostpreußen	18,—	9,—	27,—
13. Ostpreußen	22,50	9,—	31,50

Am 24. Juni tritt die Reichs-Lohnkommission unseres Verbandes und der anderen am Bergbau interessierten freien Gewerkschaften in Berlin zusammen. Diese hat als zuständige Instanz zu den vorliegenden Ergebnissen Stellung zu nehmen.

Für das Ruhrrevier findet am 29. Juni eine Revierkonferenz statt, welche die Entscheidung über den Rahmen der Lohnforderungen für den Ruhrbergbau zu fällen hat. Auch soll der Konferenz ein Vorschlag zur Ueberarbeitung nach den schon bekannten Grundätzen vorgelegt werden, wonach eine vorübergehende Aufnahme der Ueberstunden wöchentlich eine weitere Lohnerhöhung von 10 Mark bringen soll.

Die Reichsregierung hofft, daß die Vertreter dem Vorschlag zustimmen werden, nachdem bis dahin die Schlichtung im Bergbau gesetzlich festgelegt und dadurch die Befristung auf Befristung der Siebenstundenschicht geschnitten ist.

Die in letzter Zeit einfindenden wilden Betriebsrätekonferenzen veranlassen die freien Gewerkschaften zum folgenden Aufruf:

An die Funktionäre und Betriebsräte der freien Gewerkschaften im deutschen Bergbau.

Am Sonntag, den 11. Juni, hat in Leipzig eine wilde Betriebsrätekonferenz stattgefunden, an der leider auch Mitglieder der freien Gewerkschaften teilgenommen haben. Es ist dort beschlossen worden, am 2. Juli in Hannover eine Betriebsrätekonferenz für den gesamten deutschen Bergbau einzuberufen, um dort zu den letzten Lohnschiedsprüchen und Vereinbarungen Stellung zu nehmen und den Kampf in ganz Deutschland vorzubereiten. Alle Reviere werden aufgefordert, Delegierte zu entsenden. Auch ist ein Zentralrat eingesetzt worden, der die Vorarbeiten erledigen soll.

Gegenüber diesen Beschlüssen und Bestrebungen muß gesagt werden, daß die Leipziger Konferenz eine Veranstaltung von ungewissen, kommunistischer Seite war. Die im Bergbau in Frage kommenden freigewerkschaftlichen Organisationen haben weder mit der Leipziger noch mit der Konferenz in Hannover irgend etwas zu tun. Es kann den Betriebsräten nicht das Recht zuerkannt werden, über Annahme oder Ablehnung von Lohnabkommen, Schiedsprüchen, Tarifverträgen usw. allein zu entscheiden. Die Entscheidung über diese Fragen steht den von den Organisationen vorgeschickten Konferenzen der Gewerkschaftsfunktionäre zu, zu denen auch Vertreter der Betriebsräte gehören. Beschlüsse, die von Betriebsrätekonferenzen gefaßt werden, die vom sogenannten Zentralrat einberufen werden, haben für die Organisationen keine Gültigkeit. Zu den neuen Lohnabkommen und Schiedsprüchen wird eine Konferenz der Reichs-Lohnkommission und zu den Tarif- und Ueberarbeitungsfragen eine Revierkonferenz des Ruhrreviers in diesen Tagen Stellung nehmen. Für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Bergbaues und ihre Funktionäre sowie Betriebsräte haben nur die so gefaßten Beschlüsse Gültigkeit.

Wir richten deshalb an alle Betriebsräte des Bergbaues die bringende Aufforderung, die Konferenz in Hannover am 2. Juli nicht zu besuchen, weil die dort etwa zu fassenden Beschlüsse für die Organisationen keine Bedeutung haben können. Die Betriebsratsmitglieder und Funktionäre des Bergarbeiterverbandes werden übrigens noch auf die Beschlüsse der Generalversammlung in Gießen verwiesen. Nach diesen Beschlüssen stellen sich die Teilnehmer an solchen wilden Konferenzen außerhalb des Verbandes. Solche Konferenzen, die ohne Mitwirkung der Organisationen zustande kommen, dienen nur der wei-

teren Zersplitterung der arbeitenden Bevölkerung des Bergbaues. Gegenüber dem Unternehmertum kann aber nur Geschlossenheit und Einigkeit helfen.

Mit gewerkschaftlichem Gruß!
Für die Freien Gewerkschaften des Bergbaues:
Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands,
F. A. Fr. Kusmann.

Hat der Reichsarbeitsminister in Bochum die Wahrheit gesagt?

Das „Ruhr-Echo“ (Eisen) hat in seiner Nr. 135 vom 13. Juni 1922 in einem „Offenen Brief“ an den Reichsarbeitsminister diesen entstellenden Angaben über die Kohlenlage bezüglich, die hauptsächlich darin bestehen sollen, daß er am 11. Juni in der Revierkonferenz in Bochum die wachsende Kohleneinfuhr hervorgehoben, aber die Ausfuhrmengen, die weit größer seien als die Einfuhrmengen, nicht erwähnt habe. Der Reichsarbeitsminister habe ganz andere Zahlen angegeben als das Statistische Reichsamt. Die gleichen Vorwürfe macht sich die in Berlin erscheinende „Rote Fahne“ zu eigen, die noch ausdrücklich die Kohlenausfuhr als eine „freiwillige“ bezeichnet hat. Wir erhalten darauf vom Reichsarbeitsminister folgende Zuschrift:

„Ich würde mich mit dem „Offenen Brief“ des „Ruhr-Echo“ weiter nicht befassen, weil ich von dieser Seite keine sachliche Beurteilung erwarten kann. Redigiert deshalb, weil die teils völlig unzutreffende, teils ungenaue Darstellung des Blattes unter den Bergleuten irreführend wirken und ihr Urteil bei den bevorstehenden, für das deutsche Wirtschaftsleben so schwerwiegenden Entscheidungen trüben könnte, stelle ich den Kern der Angriffe richtig.“

Das „Ruhr-Echo“ stützt sich auf die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“. Die dort entnommenen Zahlen, mit denen meine Angaben im Widerspruch stehen sollen, umfassen die Steinkohle, Braunkohle und Koks. Ich habe bei meinen Ausführungen in Bochum lediglich die Steinkohle im Auge gehabt, wie keinem der Zuhörer zweifelhaft sein konnte. Denn im Ruhrkohlenrevier und bei den Verhandlungen in Bochum standen die Fragen des Steinkohlenbergbaues im Vordergrund.

Ferner handelt es sich bei den in „Wirtschaft und Statistik“ mitgeteilten Biffern keineswegs um eine freiwillige Ausfuhr, wie die „Rote Fahne“ annimmt, sondern im wesentlichen um Zwangslieferungen. Inbegriffen sind hier die gesamten Zwangslieferungen, die Deutschland infolge des Friedensvertrages auf Befehl der Interalliierten Kommissionskommission von Oberschlesien aus an Deutschland, Polen, Ungarn, Danzig und Memel zu leisten hatte, ferner die Kohlenmengen, die von Schlesien im Austausch gegen böhmische Kohle nach der Tschedow-Slawatski geliefert werden, sowie die Mengen, die auf Grund des Friedensvertrages wegen bestehender Vorkriegsverträge nach Frankreich geliefert werden müssen und auf Reparationskonto angerechnet werden.

Die eigentliche freiwillige Ausfuhr an Steinkohle und Koks betrug in diesem Jahre bisher: Januar 143 316 To., Februar 110 773 To., März 152 961 To., April 147 147 To., Mai (vorläufig) rund 150 000 To. Das sind verschwindende Bruchteile der Mengen, welche das „Ruhr-Echo“ mißverständlich aus „Wirtschaft und Statistik“ entnimmt. Aber auch von diesen Mengen werden die auf Grund des Kreditabkommens an Holland zu liefern sind, ferner die Koks mengen, die — auf Forderung Frankreichs — nach der Saar zur Aufrechterhaltung der dortigen Süttenbetriebe geliefert werden.

Selbst wenn man aber die Lieferung an Holland und das Saargebiet mit zur freiwilligen Ausfuhr rechnet, ergibt sich doch die gesamte freiwillige Ausfuhr an Steinkohle und Koks in den vier Monaten Januar bis April 1922 nur etwa die Hälfte der in den gleichen Monaten aus dem Auslande eingefuhrten Steinkohlenmengen darstellt. Im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres war das Zahlenverhältnis gerade umgekehrt. Am Mai 1922 aber mußte bereits unter dem Druck der wachsenden Steinkohlennot mindestens fünfmal so viel an Steinkohle und Koks eingeführt werden, wie zu der oben gekennzeichneten freien Ausfuhr verfügbar war. Das bedeutet gegenüber den ersten Monaten des Jahres 1921 also eine zehnfache Verschlechterung.

Für den, der die Statistik richtig zu lesen fähig und gewillt ist, ergibt sich also, daß die Ausführungen in dem „Offenen Brief“ des „Ruhr-Echo“, nicht die meinigen auf der Konferenz in Bochum, irreführend sind.“

Unternehmer und Radikale gegen den Verband.

Jeder Kamerad, der über klaren Verstand verfügt, wird schon auf den Widerspruch gestochen sein, welcher in der radikalen Agitationsbrase liegt. Er lautet: „Die Gewerkschaftsbureaufkratie hat sich mit den Unternehmern gegen die Arbeiter verschworen“; und: „Die Gewerkschaftsbureaufkratie will durch Ausschluß vom Tarifvertrag die Unorganisierten in die Gewerkschaften hineinzwingen, die Unternehmer tun ihnen jedoch nicht den Gefallen und sind gegen den „Organisationszwang“! Dieser Unfuss ist schon jedem Kameraden aufgefallen! Wäre es so, daß die Arbeitervertreter der Unternehmer gefällig seien, dann könnten die Unternehmer kein größeres Interesse haben, als dem Verlangen auf Ausschluß der Unorganisierten vom Tarifvertrag nachzugeben. Sie hätten dann alles unter einem Hut. Aber nein, das Gegenteil ist der Fall und die Unternehmer werden alle Mittel an, um die freien Gewerkschaften zu

schwächen! Sie gehen dabei systematisch vor. Ihr Ziel geht dahin, die freien Gewerkschaften bei der großen Masse zu mißkreditieren und hierzu leisten ihnen die linksradikale Presse die besten freiwilligen Selbstdienste.

So ein Unternehmerherz muß doch hüpfen vor Freude, wenn die kommunistische und unionistische Presse so recht dumplump schimpft auf die freien Gewerkschaften und ihre Führer. Die Unternehmer zeigen sich daher dankbar und unterstützen diese Hebe mit bestem Wissen und Können. Was hat es denn sonst zu bedeuten, wenn die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 13. Juni schreibt:

„Die in Essen geführten Vorverhandlungen sind streng geheim gehalten worden. Das Abkommen ist erst am Sonntag der Revierkonferenz der Bergarbeiterverbände vorgelegt worden. Das Ergebnis war die Ablehnung des Abkommens, und zwar mit großer Mehrheit. Auf die Bergarbeiterführer muß dieses Ergebnis sehr deprimierend wirken, läßt sich doch daraus schließen, daß die Massen ihren Führern nicht mehr recht folgen und die gewerkschaftliche Disziplin einen argen Stoß bekommen hat.“

Nicht wahr, ihr Unternehmer, es ist doch recht gut, daß die Massen, nach eurer Meinung, den Führern nicht mehr folgen? Gabt ihr die Masse im Bunde mit den linksradikalen erst mal tüchtig auseinandergeeignet, dann werdet ihr schon mit ihr fertig werden!

Zitate obiger Art findet man fast wörtlich in allen linksradikalischen Zeitungen jeden Tag. In diesem Punkte gehen also Unternehmer und Radikale vollkommen einen Weg. Die Unternehmer wissen, was sie wollen. Die Radikale sind, falls sie nicht von den Unternehmern dafür gekauft sind, zu dumm, um dieses Tun zu begreifen.

Was die kommunistische Presse bei der jetzigen Auseinandersetzung über die Kohlennot an Unfuss verzapft, geht auf keine Substanz. Tagtäglich halten langer Unfuss. Nun hat die kommunistische Partei in Berlin eine Volkswirtschaftsabteilung eingerichtet, welche die kommunistische Presse wöchentlich mit volkswirtschaftlichen Aufsätzen versorgt. Mitte Juni erschien ein solcher Artikel mit der Ueberschrift: „Deutschlands wirtschaftliche Lage“. Im „Ruhr-Echo“ ist dieser Aufsatz in Nr. 137 vom 15. Juni erschienen. In diesem Artikel ist Deutschlands Kohlennot klar erwiefen und auch die Ursachen treffend gekennzeichnet. Wenn man nun demgegenüber den täglichen wirtschaftlichen Unfuss der „Ruhr-Echo“-Redaktion gegenüberstellt, so überkommt einem das Brechen. Wir lassen folgende Gegenüberstellungen für sich sprechen:

„Ruhr-Echo“ vom 15. Juni 1922, Nr. 137:

Eine sehr wichtige Tatsache, die bei der Betrachtung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft nicht übersehen werden darf, ist der Brennstoffmangel. Deutschland hat einen Teil seiner Kohlengruben durch die Abtretung Oberschlesiens, durch die Verwahrlosung des Saarreviers durch Frankreich verloren. Deutschland muß nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages 25 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien, Italien als Reparationsleistungen jährlich liefern. Die Produktion ist gesunken. Trotz dem mehr Arbeiter eingesetzt sind, als es vor dem Kriege, bleiben die Produktionshöhen hinter den Friedensleistungen zurück... Die Kohlenförderung hat im April gegenüber März und im Mai gegenüber April abgenommen... Was immer aber der Grund sein mag, die deutsche Industrie hat unter einem erheblichen Kohlenmangel zu leiden. Für die Industrie, die mit Koks arbeitet, ist durch die Erhöhung der Reparationsleistungsbeträge im Monat Mai eine weitere Verschlechterung eingetreten... Aber nicht nur Mangel an Brennstoffen herrscht in der deutschen Industrie, auch an anderen Rohstoffen haben einzelne Industrien Mangel. So vor allem in der Eisen- und der Metallindustrie, was bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieses Industriezweigs besonders ins Gewicht fällt. Die ausländischen Industrien versetzen mit aller Macht ihre Produktionsstätten zu verringern und Preisermäßigungen vorzunehmen. Die deutsche Industrie dagegen ist gezwungen, unausführlich die Preise zu erhöhen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht aus mehreren Industrien neue Preisauflagen gemeldet werden...

„Ruhr-Echo“ vom 17. Juni 1922, Nr. 139:

Kommt es den Herren darauf an, mehr Kohlen zu fördern, dann haben sie es ja in der Hand, eine Produktionssteigerung mit den sogenannten Ueberstunden jederzeit zu erreichen. Werden planmäßig Ueberstunden eingeführt, dann fallen die „wilden“ für die Kohlenförderung wird sehr trotz planmäßiger Ueberarbeit nicht gehoben.

„Ruhr-Echo“ vom 21. Juni 1922, Nr. 142:

Es sind auch wohl nur noch die ganz Leichtgläubigen und politisch wie wirtschaftlich Blinden, die noch nicht erkannt haben, daß das Geschäft über die Kohlennot ebenfalls nur ein Täuschungsmanöver ist. Das gleiche gilt von dem Hinweis auf die minimale Steigerung der Einfuhr von Kohlen. Man verschweigt dabei, daß trotz der angeblichen großen Kohlennot die Ausfuhr von Kohlen noch um 50 Prozent größer ist als die Einfuhr, und daß die Ausfuhr stärker gemacht ist, als die Menge der eingefuhrten Kohlen...

Den Bergarbeitern wird nicht gesagt, daß sich die verarbeitende Industrie bereits auf größere Erzeugung in der Produktion einrichtet, daß man mit einer Arbeitslosigkeit rechnen, wie wir sie in Deutschland bisher wohl noch nicht erlebt haben. Wird diese Arbeitslosigkeit auf — sie kann in wenigen Wochen bereits einsetzen — dann gibt es keinen Kohlenmangel mehr, dann steht für den deutschen Bergarbeiter die Frage des Einlegens von Feierschächten und Lohnabbaues auf der Tagesordnung.

Eine Schicksalsfrage von 10 M. soll außerdem gezahlt werden, wenn die Bergarbeiter sich zu Ueberstunden entschließen und dadurch geholt werden, daß für die durch Ueberarbeit geförderten Kohlen den Herren die Kohlensteuer erhoben wird. Gerade dabei würden die Bergarbeiter ein glänzendes Geschäft machen. Der Preis für die Tonne Kohle betrug sich jetzt zwischen 900 und 1340 M. Bei 40 Prozent Kohlensteuer beträgt die Steuer ungefähr 350 M. durchschnittlich pro Tonne. An Kohlen werden gefördert pro Mann und Schicht nach Abschreibung der Rechenherren selbst im Durchschnitt 0,7 To. An Kohlensteuer kommen demnach pro Kopf und Schicht 1/2 von 350 gleich 225 Mark.

Der Ueberdruck der Einfuhr über die Ausfuhr vergrößert sich immer mehr.

Zu Monat April betrug er 5,2 Milliarden Mark und er wird für den Monat Mai noch höher geschätzt. Die deutsche Wirtschaft auf das Ausland leisten, ohne Einnahmen aus dem Ausland zu beziehen...

Der Kontrast dieser Zitate muß dem stumpfsinnigsten Menschen auffallen. Wirtschaftlich vernünftiger Artikel findet man allerdings sehr selten in der kommunistischen Presse: wirtschaftlichen Unfuss dagegen jeden Tag zum Erbrechen viel.

Als Korreferent zu Punkt 4 der Tagesordnung „Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ ist D. H. M. v. ...

Bericht des Bundesvorstandes.

In keiner Periode ist die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften in einem derart stürmischen Tempo vor sich gegangen, wie in der letzten dreijährigen Periode.

Warme Worte fand er einleitend zu einem brüderlichen Abschiedsgruß an die scheidenden Obersten Leiter. Deutschland trauert um Oerschleiers Schicksal, um einen Landesheiligen, der durch Geschichte, Kultur und wirtschaftliche Entwicklung mit Deutschland eng verknüpft ist.

Ganz gewiß muß man den Ausbruch solcher Bewegungen aus der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage verstehen. Die Öffentlichkeit muß aufgerufen werden, Verständnis zu zeigen für die Lage, in der sich die Arbeiter und Beamten befinden.

Die Gewerkschaften sind eingetreten für die Erfüllungspolitik. Aber sie sind nicht gewillt, die sozialen Forderungen zurückzustellen im Interesse dieser Politik.

Die Gewerkschaften sind eingetreten für die Erfüllungspolitik. Aber sie sind nicht gewillt, die sozialen Forderungen zurückzustellen im Interesse dieser Politik.

Die Gewerkschaften sind eingetreten für die Erfüllungspolitik. Aber sie sind nicht gewillt, die sozialen Forderungen zurückzustellen im Interesse dieser Politik.

Die sich am zweiten Verhandlungstag

anschließende Debatte über den Leipziger Bericht erkannte vorbehaltlich das eifrige Streben des Bundesvorstandes und Bundesauschusses an, die ihnen anvertrauten Interessen des Proletariats nach bestem Können wahrzunehmen.

Entscheidungen zum Bericht des Bundesvorstandes.

Zum Bericht des Bundesvorstandes lagen insgesamt 40 Anträge vor, in denen sich die verschiedenen Auffassungen über die von den Gewerkschaften zu befolgende Politik wieder spiegeln.

trah Abweichungen in den Einzelheiten, in den großen Fragen, die heute die Arbeiterklasse bewegen, einstimmige Voten oder doch meist solche mit überwiegender Mehrheit abgaben.

Die erste einstimmig angenommene Entschließung befaßte sich mit den im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen, die unter Einsetzung der Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise bei Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel praktisch durchgeführt werden müssen.

Ein Pflanzentwurf (zwei Zeitungspalten!) von Anhängern der Form und inhaltlichen Partei, der eine Summierung von Wünschen, Forderungen und Fälschungen darstellte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Weiter einstimmig angenommen wurde eine von der zweiten Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die dem Gewerkschaftskongress vorausging, zur Jugend- und Beihilfrage angenommen.

Mit großer Mehrheit stimmte sodann der Kongress dem Vorschlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu, in Amsterdam im Dezember d. J. einen Internationalen Weltfriedenskongress zu veranstalten, und forderte die Gewerkschaften auf, sich an dieser internationalen Friedensbewegung zu beteiligen.

Zur Steuerfrage wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der den Bundesvorstand beauftragt, umgehend bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu verlangen: Erhöhung der Werbungskosten beim Steuerabzug, Heraushebung des zehnprozentigen Einkommensabzuges von 5000 auf 100 000 Mark und Erhöhung des steuerfreien Einkommens.

Eine ferner angenommene Entschließung fordert den Bundesvorstand auf, fortzuführen in seinem Bemühen für die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswezens und der Baustoffe und darauf hinzuwirken, die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen.

Im Hinblick auf den kritischen Stand der parlamentarischen Verhandlung des Gesetzesentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide fordert der Kongress einstimmig eine ausreichende Brotversorgung zu erwirtschaften. Im gleichen Zusammenhang wurden in einer einstimmigen Entschließung von der Reichsregierung einseitig wirkende Maßnahmen gegen die Teuerung und ihre Urheber gefordert.

Angenommen wurde auch ein von den Kommunisten eingebrachter Antrag betr. Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland, während der Antragsteller eine von anderer Seite eingebrachte Entschließung für die Freisprechung der russischen Sozialrevolutionäre, denen die Sowjetregierung zurzeit den Prozeß macht, ablehnten; der Antrag wurde gegen ihre Stimmen angenommen.

Von einigen Teilen Deutschlands waren Nichttrauensanträge gegen den Bundesvorstand, gegen die Redaktion der „Betriebsräte-Zeitung“ und des „Korrespondenzblattes“ eingebracht. Sie fanden ihre Erledigung durch den Antrag des vom Kongress eingeleiteten Redaktionsausschusses zur Vorbereitung der Abstimmungen: „Der Kongress billigt die Tätigkeit des Bundesvorstandes und spricht ihm das Vertrauen aus.“

Diesem Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Damit war dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Bc.

Geistlichkeit, freie Gewerkschaften und Sozialismus.

Die Bezirksleitung des alten Bergarbeiterverbandes im Saargebiet hat sich am 31. März in einer längeren Besprechungschrift an das Bischöfliche Generalvikariat in Trier gegen die ebenso undurchsichtige wie unwahrscheinliche Kampfesweise der katholischen Saargebietskirche gewandt.

„Das hierher gerichtete Schreiben vom 31. März d. J. hat der bischöflichen Behörde Betanlassung gegeben, von den in Frage kommenden Dekanaten und Pfarrern des Saargebietes und der angrenzenden Dekanate Bericht über ihre Stellungnahme gegenüber den sogenannten freien Gewerkschaften einzufordern.“

Die Behauptung, es handle sich im vorliegenden Falle um „eine rein wirtschaftliche Organisation“, entspricht ebensowenig den Tatsachen, wie die programmatisch versprochene, in Wirklichkeit aber nicht befolgte „religiöse Neutralität“.

Diese Antwort des Bischöflichen Generalvikariats ist eine brutale, rücksichtslose Kampfanzeige an die freien Gewerkschaften und den Sozialismus. Alle Widersprüche werden nicht nur ausdrücklich ausgehehlet, sondern es wird gesagt: Die katholische Geistlichkeit hat nur getan, was sie zu tun verpflichtet war!

Es war es zu allen Zeiten. Wo die katholische Geistlichkeit erst Fuß fassen wollte, forderte sie Liebe und Duldsamkeit, wo sie Fuß gefaßt hatte, übte sie Lieblosigkeit und Unduldsamkeit. Ursprünglich selbst grausam verfolgt, wurden die Christen zu grausamen Verfolgern, als es ihre Macht ermöglichte.

prozesse, Scheiterhaufen usw. Selbst dem größten deutschen Philosophen, Immanuel Kant, wurden die religionsphilosophischen Schriften und Vorlesungen verboten. Und heute noch dieselbe Lieblosigkeit und Unduldsamkeit. Das Verhängnis der Menschen sind die Menschen. Der grausamste Feind des Menschen ist der Mensch.

Das bischöfliche Generalvikariat den Sozialismus als religionsfeindlich bezeichnet, zeugt von einer Unwissenheit, die geradezu erschreckend ist. Wahres Christentum und Sozialismus setzen gleichermaßen höchsten Gemeinnutzen voraus. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ fordert das Christentum, „einer für alle und alle für einen“ der Sozialismus.

Betriebsräte und Parteipolitik.

Es ist bekannt, daß die Betriebsräte ihrem Wesen und ihrer Stellung nach wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben. Reichsverfassung und Betriebsrätegesetz zeigen ihnen den Weg. Nach der einen Seite sollen sie die Interessen ihrer Kameraden gegenüber der Betriebsleitung vertreten, nach der anderen Seite in Gleichberechtigung und Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Produktion auf einen möglichst hohen Stand bringen.

Trotz aller trüben Erfahrung kann man aber heute noch beobachten, daß Personen aufgestellt und gewählt werden, die nicht die Interessen der Allgemeinheit im Auge haben, sondern in erster Linie die Ziele irgend einer Parteirichtung vertreten. Bei den Wählern um die Mandate finden wir nicht nur die Vertreter der leider so zahlreichen gewerkschaftlichen Organisationen, sondern auch außerdem noch Wortkämpfer der kommunistischen Partei.

„Das hierher gerichtete Schreiben vom 31. März d. J. hat der bischöflichen Behörde Betanlassung gegeben, von den in Frage kommenden Dekanaten und Pfarrern des Saargebietes und der angrenzenden Dekanate Bericht über ihre Stellungnahme gegenüber den sogenannten freien Gewerkschaften einzufordern.“

Die Behauptung, es handle sich im vorliegenden Falle um „eine rein wirtschaftliche Organisation“, entspricht ebensowenig den Tatsachen, wie die programmatisch versprochene, in Wirklichkeit aber nicht befolgte „religiöse Neutralität“.

Die Arbeiter streiten sich über parteipolitische oder religiöse Fragen, während der Besitzer lächelt. Es mag sein und erheben sein, wenn Partei- und Religionsfrage zu einer Herzenssache geworden ist, wofür gekämpft und geopfert wird. Die Volkswirtschaft läßt sich aber nicht geschäftsmäßig behandeln, sondern nur mit nüchternem Verstand unter Abwägung der Vor- und Nachteile betrachten.

Aus der Tarifpraxis.

Zur Lohnfrage im mittelbairischen Brauntalbergbau.

Die Verhandlungen, die am Sonnabend, den 17. Juni, für den mittelbairischen Brauntalbergbau im Reichsarbeitsministerium stattfanden, führten zu keiner Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Unternehmer lehnten rundweg jede Lohnerrhöhung ab und erklärten sich nicht bereit, auf dem Wege der Verhandlung eine Lohnerrhöhung zu bewilligen.

- 1. Die Löhne werden in den Kohlenrevieren um durchschnittlich 30 % je Schicht erhöht; davon treten 20 % am 16. Juni 1922 und 10 % am 1. Juli 1922 in Kraft.
2. Die Spitzzulage beträgt 28 %.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Deutsche Kapitalisten im russisch-ukrainischen Bergbau. Verhandlungen der deutschen Unternehmer zufolge „verhandelt“ die ukrainische Regierung mit deutschen Berg- und Hüttenunternehmern wegen Verpachtung der großen Kopalzweck

